

ZIEL 1: EINE WELT OHNE ARMUT IST MÖGLICH

Dr. Andreas Aust, Referent für Sozialpolitik, Paritätische Forschungsstelle, und Marta Bociek, Referentin für Humanitäre Auslandshilfe und Internationale Kooperation, Paritätischer Gesamtverband

Eine Welt ohne Armut ist eine notwendige und erreichbare Vision - weltweit ebenso wie vor Ort in Deutschland. Die Weltgemeinschaft hat sich diese Vision im September 2015 mit der Resolution „Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“ zu eigen gemacht. Die Bekämpfung von Armut gilt nach dieser Resolution zurecht als ein prioritäres Ziel der globalen Nachhaltigkeitsstrategie, denn Nachhaltigkeit bedeutet mehr als ökologische Modernisierung. Nachhaltigkeit ist ohne soziale Dimension nicht zu denken. Bis 2030 soll nach der Agenda 2030 „extreme“ Armut - verstanden als ein Einkommen von weniger als 1,90 USD am Tag - vollständig abgeschafft werden. Andere Formen der Armut sollen bis 2030 halbiert werden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist als einer der sechs Wohlfahrtsverbände in Deutschland ein Dachverband von insgesamt etwa 10.000 Mitgliedsorganisationen, die in allen Bereichen der sozialen Arbeit und Selbsthilfe aktiv sind. Der Verband ist der Idee der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet und unterstützt daher alle Aktivitäten gegen Armut und soziale Ungleichheit sowie damit eng verbundene soziale Probleme wie Hunger, unzureichende soziale Absicherung oder soziale Ausgrenzung. Wir begrüßen die Ziele der UN-Agenda 2030 als Unterstützung unserer eigenen täglichen Aktivitäten und setzen uns weltweit und in



Dr. Andreas Aust und Marta Bociek, Paritätischer Gesamtverband
(Foto: Paritätischer Gesamtverband)

Deutschland für eine sachgerechte Umsetzung ein.

Armut als Folge ungleicher Verteilung

Armut ist die Folge der ungleichen Verteilung der Reichtümer dieser Erde. Dabei gilt unverändert: Eine andere Welt ist möglich. Eine Welt ohne Armut ist möglich. Dafür müssen die im Grundsatz für alle ausreichend vorhandenen Ressourcen anders und gerecht verteilt werden. Es braucht dafür den entsprechenden politischen Willen.

Eine Stärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung kann dabei zu einem besseren Verständnis der Ursachen und globalen Zusammenhänge sozialer Ungerechtigkeiten beitragen. Diese Kenntnisse sind nicht zuletzt auch eine Voraussetzung dafür, um auf Missstände aufmerksam zu machen sowie politische Forderungen zur nachhaltigen Bekämpfung von Armut aufstellen zu können.

Armutsbekämpfung

In den vergangenen Jahrzehnten konnten durchaus Fortschritte in der glo-

“ **Eine Welt ohne Armut ist möglich.**
Dafür müssen die im Grundsatz für alle ausreichend
vorhandenen Ressourcen anders und gerecht verteilt werden.
Es braucht dafür den entsprechenden politischen Willen. ”

balen Armutsbekämpfung beobachtet werden. Der Anteil der Weltbevölkerung, der in extremer Armut lebt, ist nach Angaben der Vereinten Nationen von 36 Prozent (1990) auf 16 Prozent (2010) und im Jahr 2015 auf 10 Prozent gesunken. Seit 1990 konnten laut Bericht der Vereinten Nationen damit rund 1 Milliarde Menschen weltweit der extremen Armut entkommen. Jedoch verlangsamt sich seit einigen Jahren das Fortschritts-tempo. Die Vereinten Nationen gingen bereits 2019, also vor der Covid-19-Pandemie, davon aus, dass 2030 noch immer 6 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut leben werden. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Erfolge in der Verringerung der Armut nur in bestimmten Regionen zu verzeichnen sind: Während z. B. Südasien in der Armutsbekämpfung deutliche Fortschritte erreicht hat, bleibt die extreme Armut in Subsahara-Afrika beharrlich hoch. Aufgrund von Konflikten, politischen Unruhen, spürbaren Auswirkungen des Klimawandels sowie niedrigen Einkommen reicht es bei vielen nicht einmal für eine minimale Sicherung ihres Lebens.

Folgen der Covid-19-Pandemie

Hinzu kommt nun die Covid-19-Pandemie. Viele Staaten reagier(t)en mit Lockdowns und Reisebeschränkungen, um die Pandemie einzudämmen. Die Maßnahmen, die aus medizinischer Sicht sinnvoll und notwendig sind, haben jedoch enorme Auswirkungen auf die wirtschaftliche und damit auch gesellschaftliche Situation der Menschen. Durch Betriebsschließungen und Ausgangsbeschränkungen sind viele Menschen von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten betroffen. Vor allem informell und prekär beschäftigte Personen spüren die Auswirkungen besonders stark, denn sie werden seltener durch nationale Hilfsprogramme oder soziale Sicherungssys-

teme aufgefangen. Für das Jahr 2020 kann nun ein erster Anstieg der globalen Armut seit Jahrzehnten festgestellt werden; 71 Millionen Menschen mehr als erwartet werden 2020 nach ersten Einschätzungen der Vereinten Nationen in extremer Armut leben. Die erzielten Erfolge der vergangenen Jahre zur Bekämpfung der weltweiten Armut werden damit um Jahre zurückgeworfen und die Erreichung des ersten Nachhaltigkeitsziels scheint wenig realisierbar.

Armut in Deutschland

Die Agenda 2030 verpflichtet zu entsprechenden Aktivitäten innerhalb jedes einzelnen Landes. Auch in Deutschland gibt es – wie in den jährlichen Armutsberichten des Paritätischen aufgezeigt – erheblichen Handlungsbedarf. Trotz der günstigen ökonomischen Entwicklung in den Jahren vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie waren 2019 15,9 Prozent der Bevölkerung – mehr als 13 Mio. Menschen – nach offiziellen Angaben von Armut bedroht. Leider ist nicht zu erkennen, dass für die Bundesregierung der Einsatz gegen Armut und soziale Ungleichheit eine wichtige Rolle spielt. Eine entsprechende Politik der gerechten Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen ist in Deutschland nicht zu ersehen. Im Gegenteil zeugt das Verhalten eher von Ignoranz gegenüber dem Problem.

Das zeigt sich auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, mit der die globalen Ziele von der Bundesregierung umgesetzt werden sollen. „Extreme“ Armut wird für Deutschland per se als nicht einschlägig ausgeschlossen. Armut wird stattdessen von der Bundesregierung interpretiert als „materielle Deprivation“. Damit wird das Fehlen von grundlegenden Gütern und Diensten in den Haushalten beschrieben – etwa dem finanziell erzwungenen Verzicht auf ein

Auto, eine Waschmaschine, ein Telefon oder auch auf einen kurzen Urlaub. Je nachdem wie viele dieser insgesamt neun Güter Haushalte sich nicht leisten können, gelten sie als „depriviert“ oder „erheblich depriviert“. Mit diesem Vorgehen wird von dem etablierten Maßstab der Bestimmung von Armut in Deutschland und der EU grundlegend abgewichen. Armut ist nicht mehr ein – jeweils im Verhältnis zum nationalen Durchschnitt zu interpretierendes – unzureichendes Einkommen, sondern das Fehlen von grundlegenden Gütern. Die angenehmen Effekte dieser Definition: Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums am unteren Ende wird nicht länger problematisiert. Zugleich sind die Zahlen und Quoten mit 7,8 Prozent (depriviert) bzw. 3,1 Prozent (erheblich depriviert) deutlich geringer. Die soziale Situation wirkt deutlich positiver. Dies grenzt an Schönfärberei durch methodische Tricks. Und wie sieht es aus mit der angestrebten Halbierung der Armut bis 2030? Davon bleibt nicht viel. Als Ziel für das Jahr 2030 nimmt sich die Bundesregierung lediglich vor, auch 2030 noch besser dazustehen als die anderen EU-Länder.

Den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Wandel in Gang setzen

Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie haben sich die Rahmenbedingungen für eine Politik gegen Armut und Ausgrenzung weltweit wie in Deutschland deutlich verschlechtert. Eine grundlegende und ehrgeizige Reaktion ist notwendig, um den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Wandel in Gang zu setzen, der erforderlich ist, um die Ziele der Agenda 2030 trotzdem noch zu erreichen.

AKTUELLES

I.L.A.-Kollektiv Freiburg: Veranstaltungen, Ausstellung, Buch zu nachhaltigem Wirtschaften

Das I.L.A.-Kollektiv, ein Zusammenschluss von 35 Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, befasst sich mit Fragen des nachhaltigen Wirtschaftens. Anlässlich der staatlichen Hilfsmaßnahmen in der Corona-Pandemie stellt das Kollektiv Fragen wie „#InZeitenVonCorona ... geben Regierungen Billionen Euro zur Rettung von privaten Konzernen aus. #WasWäreWenn ... wir dieses Geld nehmen würden, um unsere Wirtschaft für alle gerecht und ökologisch zu gestalten?“ Die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen für ein solidarisches Miteinander benennt das Kollektiv in vielfältigen Aktionen und Materialien. Dazu gehören ein Buch, eine Ausstellung sowie Online-Veranstaltungen. Das Buch „Das Gute Leben für alle: Wege in die solidarische Lebensweise“ steht als kostenfreie PDF-Datei unter <https://dasgutelebenfueralle.de> zur Verfügung. Die gleichnamige Ausstellung kann seit Mai 2020 im Eine Welt Forum Freiburg von

Schulen und anderen Bildungsakteur*innen ausgeliehen oder online besucht werden. Begleitend dazu werden Workshops angeboten: Am 3. Februar 2021 geht es um „Zeit für den Wandel – unser Umgang mit der Zeit“. Am 10. März 2021 wird ein Blick auf die Ernährung geworfen. Die Workshops richten sich an Interessierte ab 12 Jahren und sind kostenfrei, jedoch wird um eine Anmeldung an [I.becker\[at\]ewf-freiburg.de](mailto:I.becker[at]ewf-freiburg.de) gebeten.

Info: Eine Welt Forum Freiburg e. V., Wilhelmstraße 24a, 79098 Freiburg i. Br., Ansprechpartner: Jonas Bauschert, Tel. 0761 20258275, [j.bauschert\[at\]ewf-freiburg.de](mailto:j.bauschert[at]ewf-freiburg.de), <https://ewf-freiburg.de>

MATERIALIEN

Welthaus Bielefeld: Datenblatt Entwicklungspolitik mit aktuellen Zahlen zu Armut weltweit

Das Welthaus Bielefeld hat erneut das „Datenblatt Entwicklungspolitik“ mit aktuellen Zahlen zu Armut weltweit veröffentlicht. Das Datenblatt soll weltweite Entwicklungstendenzen auf übersichtliche Weise darstellen. Es präsentiert Statistiken zu verschiedenen Bereichen der Weltentwicklung, die mehrheitlich von den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen stammen. Das Datenblatt richtet sich u. a. an Lehrkräfte, Akteur*innen der Erwachsenenbildung und Journalist*innen. Es hat zum Ziel, Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen im entwicklungspolitischen Bereich durch empirische Daten zu ergänzen. Das „Datenblatt Entwicklungspolitik“ wird zweimal im Jahr aktualisiert und ist auf der Website des Welthaus Bielefeld zu finden.

Info: Welthaus Bielefeld, August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld, Ansprechpartner: Georg Krämer, Tel. 0521 986480, [georg.kraemer\[at\]welthaus.de](mailto:georg.kraemer[at]welthaus.de), www.welthaus.de

Christoffel-Blindenmission: Themenheft zu Behinderung und Armut

Die Christoffel-Blindenmission (CBM) hat das Themenheft und die Methodensammlung „Behinderung bei uns und weltweit“ herausgebracht. Weltweit leben über eine Milliarde Menschen mit Behinderungen, 80 Prozent von ihnen in Ländern des Globalen Südens. Eine Hauptursache von Behinderungen ist Armut. Menschen, die in Armut leben, sind aufgrund schlechter Lebensbedingungen häufiger von Krankheiten betroffen, die unbehandelt zu Behinderungen führen können. Jedoch ist nicht nur Armut eine Ursache. Behinderungen

erhöhen auch das Armutsrisiko: Menschen mit Behinderung haben oft keinen Zugang zum Bildungssystem und haben es schwerer, eine Arbeit zu finden. Somit bilden Behinderung und Armut einen Kreislauf, der durchbrochen werden muss, wenn man die Lebensbedingungen nachhaltig verbessern will. Diesen Zusammenhang und viele weitere Informationen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft bündelt das Themenheft. Die dazugehörige Methodensammlung greift die Themen auf und bietet für Lehrkräfte der Sekundarstufe I und II praktische Ideen für die Umsetzung im Unterricht. Themenheft und Methodensammlung sind kostenfrei auf der Website der CBM abrufbar. Dort sind ebenfalls Ideen für die Integration des Themas Inklusion in den digitalen Unterricht zu finden.

Info: Christoffel-Blindenmission (CBM), Stubenwald-Allee 5, 64625 Bensheim, Tel. 06251 131-298, [bildung\[at\]cbm.org](mailto:bildung[at]cbm.org), www.cbm.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Atlas der Staatenlosen

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im Oktober 2020 den „Atlas der Staatenlosen: Daten und Fakten über Ausgrenzung und Vertreibung“ herausgebracht. Staatenlose Menschen sind besonders verletzlich, denn sie werden von keinem Staat geschützt und haben keinen Zugang zu grundlegenden Rechten. Deshalb muss bestehende Staatenlosigkeit beendet und neu hinzukommende verhindert werden. Gründe, die zur Staatenlosigkeit führen, können die Aberkennung der Staatsangehörigkeit, Flucht und Vertreibung oder

Geburtsumstände sein. Die Publikation schlägt als Maßnahmen u. a. vor, dass Geburten am Geburtsort registriert werden, damit kein Kind mehr staatenlos zur Welt kommt. Außerdem sollte die Einbürgerung staatenloser Migrant*innen erleichtert werden. Die Publikation will das Thema öffentlich sichtbar machen und die Situation staatenloser Menschen verbessern. Im Zentrum steht der Zugang zu Menschenrechten für alle, welcher unabhängig von einer Staatsbürgerschaft bestehen sollte. Anhand von Beispielen werden Gründe und Folgen von Staatenlosigkeit aufgezeigt. Auch die Erfolge und Ziele des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) zur Verbesserung der Situation werden vorgestellt. Die Publikation ist in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch erschienen und kann auf der Website der Stiftung heruntergeladen werden.

Info: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin, Tel. 030 44310-0, info[at]rosalux.org, www.rosalux.de

AUS EUROPA, BUND UND LÄNDERN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Nachhaltigkeitsbeirat tagt in 16. Sitzung

Am 17. Oktober 2020 fand die 16. Sitzung des Nachhaltigkeitsbeirats der Landesregierung Baden-Württemberg statt. Im Fokus der Sitzung standen die Evaluation der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, Klimaschutz und verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik. „Nachhaltigkeit ist und bleibt ein klares Leitmotiv unseres Regierungshandelns“, bekräftigte Ministerpräsident Winfried Kretschmann anlässlich der Sitzung. Nach 2016 hat das Land seine Nachhaltigkeitsstrategie nun zum zweiten Mal evaluiert. Die Evaluierung erfolgte in einem zweistufigen Verfahren. Der vorliegende Abschlussbericht bestätigt den grundsätzlichen Aufbau der Landesstrategie, die einen explizit partizipativen und beteiligungsorientierten Ansatz verfolgt. Dem Nachhaltigkeitsbeirat gehören derzeit 39 Vertreter*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft an. Darunter sind die Spitzen von Verbänden und Institutionen der Wirtschaft, der Umwelt, der Kommunen, der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und der Kirchen. Der Beirat wurde erstmals im Jahr 2012 einberufen. Er nimmt zu allen Fragen nachhaltiger Entwicklung Stellung und berät die Landesregierung.

Info: Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg, Ministerium für Umwelt, Klima und

Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart, Telefon 0711 126-0, www.nachhaltigkeitsstrategie.de

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg: Interkulturelles Promotor*innen-Programm gestartet

In Baden-Württemberg ist das neue „Interkulturelle Promotor*innen-Programm“ gestartet. Nach dem Vorbild aus Nordrhein-Westfalen will das Programm das Potenzial migrantischer Organisationen in der Entwicklungsarbeit stärken. Bei dem neuen Programm werden fünf interkulturelle Promotor*innen bei entwicklungspolitischen migrantischen Organisationen angesiedelt. Laut Claudia Duppel, Geschäftsführerin des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB), engagieren sich viele migrantisch-diasporische Organisationen sowohl in der Entwicklungspolitik als auch für Integration und gegen Rassismus. Diese Stärke der Organisationen führt jedoch oft zu fehlender finanzieller Unterstützung und politischer Anerkennung. Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm soll diese Organisationen und Zielgruppen vernetzen, informieren und beraten. Es wurde vom DEAB gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg initiiert.

Info: Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB), Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Jenny Mushegera, Tel. 0711 66489771, jenny.mushegera[at]deab.de, www.deab.de

BREMEN

Auszeichnung der Europäischen Kommission für fairen und ethischen Handel

Im Zuge der Preisverleihung des „EU Fair and Ethical Trade Award“ 2020 hat Bremen die Auszeichnung „Special Mention“ in der Kategorie globale Partnerschaften erhalten. Bremen wurde für seine zahlreichen Allianzen und Partnerschaftsinitiativen, auch mit Städten im Globalen Süden, zu Themen wie Fairer Handel, wiederverwendbare Verpackungen und Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklungsziele im öffentlichen Haushalt ausgezeichnet. Die Stadt Bremen nahm zum ersten Mal an dem europäischen Wettbewerb teil. Tanja Baerman, Leiterin der Bremer Vertretung bei der Europäischen Union, konnte die Auszeichnung bei der Zeremonie im belgischen Gent entgegennehmen. Der Staatsrat für Medienangelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit und Internationales, Dr. Olaf Joachim, zeigte sich erfreut über diese Nachricht: „Auf diese Auszeichnung kann Bremen stolz sein. Es ist insbesondere für die vielen Aktiven im Bereich Fairer Handel eine Anerkennung ihres Engagements.“ Der Wettbewerb zum „EU Fair and Ethical Trade Award“ findet alle zwei Jahre statt und wurde 2020 zum zweiten Mal durchgeführt. Ausgezeichnet werden Städte, die sich für nachhaltigen Handel, Konsum und Produktion im Globalen Süden und vor Ort einsetzen.

Info: Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen, Entwicklungszusammenarbeit, Ansgaritorstraße 22, 28195 Bremen,

Ansprechpartner: Jörn Hendrichs, Tel. 0421 361-4505,
[joern.hendrichs\[at\]jsk.bremen.de](mailto:joern.hendrichs[at]jsk.bremen.de), www.ez.bremen.de

HAMBURG

Museum der Arbeit: Ausstellung zu Kolonialismus

Die Ausstellung „Grenzenlos – Kolonialismus, Industrie und Widerstand“ ist seit dem 30. September 2020 im Museum der Arbeit in Hamburg zu sehen. Da Hamburg eines der wirtschaftlichen Zentren des europäischen Kolonialismus war, bietet die Sonderausstellung einen Beitrag zur aktuellen Debatte über den Umgang mit der eigenen kolonialen Geschichte. Das Museum, das sich auf dem Gelände einer ehemaligen Gummifabrik befindet, bietet einen besonderen historischen Schauplatz: Waren und Rohstoffe aus Kolonien, die über den Hafen in die Stadt gelangten, wurden unter anderem auch in dieser Fabrik verarbeitet. Die Rohstoffe wurden unter gewaltförmigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Kolonien beschafft: Menschen wurden von ihrem Land vertrieben, ihrer Existenzgrundlage beraubt, versklavt und zur Arbeit gezwungen. Die Ausstellung erzählt auch von dem Widerstand, der sich innerhalb der kolonialisierten Länder formierte. Das Museum der Arbeit möchte mit der Ausstellung einen Beitrag zur Diskussion über die langfristigen Folgen kolonialer Herrschaftsstrukturen leisten. Als Rahmenprogramm finden Gespräche mit Expert*innen, Filmvorführungen und Lesungen statt. Noch bis zum 11. April 2021 kann die Ausstellung besucht werden.

Info: Stiftung Historische Museen Hamburg, Museum der Arbeit, Wiesendamm 3, 22305 Hamburg, Tel. 040 4281330, [info\[at\]mda.shmh.de](mailto:info[at]mda.shmh.de), www.shmh.de

HESSEN

Regierungsabkommen für Vietnamesisch-Deutsche Universität unterzeichnet

Am 23. September 2020 wurde das Regierungsabkommen für die Vietnamese-German University (VGU) in Hanoi unterzeichnet. Damit legten Vietnam, der Bund und das Land Hessen einen verbindlichen Rahmen für den künftigen Ausbau der Hochschule fest. Die VGU wird vom Bund und vom Land Hessen finanziell unterstützt. Die hessische Landesregierung fördert die Finanzierung der Studiengänge und den weiteren Ausbau der Verwaltung der VGU mit 2,1 Millionen Euro jährlich. Seit der Gründung hat sich die VGU zu einem beispielhaften Projekt der internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Lehre auf zentralen Themenfeldern wie etwa der Nachhaltigen Entwicklung, Industrie 4.0 und Umwelttechnologien entwickelt. Und sie hat wichtige Beiträge zur Reform des Hochschulwesens in Vietnam geleistet. So wurde beispielsweise die in der Satzung der VGU verankerte Autonomie nach dem Vorbild der Technischen Universität Darmstadt in das vietnamesische Hochschulrecht aufgenommen. Auch die Einheit von Forschung und Lehre wurde übertragen. Deutsche Hochschulen gehen zum Aufbau von Studiengängen langjährige Partnerschaften mit der VGU ein. Rund 1.800 Studierende sind an der Hochschule eingeschrieben. Vietnamesische und deutsche Studierende sowie

Lehrende haben die Möglichkeit, in Joint-Degree-Master-Studiengängen zu studieren und zu forschen. „Anlässlich des diesjährigen 45. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Vietnam und der Bundesrepublik Deutschland ist das heutige Abkommen ein Beitrag zum Ausbau und zur Festigung unserer freundschaftlichen Beziehungen, und die VGU bildet eine Brücke zwischen unseren Gesellschaften“, so Angela Dorn, Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Info: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Pressestelle, Rheinstraße 23-25, 65185 Wiesbaden, Ansprechpartner: Volker Schmidt, Tel. 0611 32-161012, [pressestelle\[at\]hmwk.hessen.de](mailto:pressestelle[at]hmwk.hessen.de), <https://wissenschaft.hessen.de>

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Auftaktveranstaltung des Zukunftsrates M-V

Am 22. Oktober 2020 tagte erstmals der Zukunftsrat des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung hat das 49-köpfige Gremium am 21. September 2020 einberufen. Es hat die Aufgabe, eine Zukunftsstrategie für das Land zu entwickeln, die Ökologie, Wirtschaft und Soziales umfasst und die Bereiche mit den Möglichkeiten der Digitalisierung verbindet. „Wir beginnen heute damit, die Zukunftsstrategie zu entwickeln, die unser Land auf die nächsten Jahrzehnte vorbereitet“, betonte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bei der Auftaktveranstaltung. Wichtig dabei sei, dass die Erfahrungen aus den vergangenen 30 Jahren mit einbezogen werden, ebenso wie die aus der Covid-19-Pandemie. Der Vorsitz des Gremiums liegt bei Professor Dr. Henning Völpel, Direktor und Geschäftsführer des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, und Dr. Franziska Tanneberger, Institut für Botanik und Landschaftsökologie an der Universität Greifswald. Thematisch werden die Sitzungen durch die Frage bestimmt, wie die notwendige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung von mehr Nachhaltigkeit, mehr Klimaschutz und weniger Ressourcenverbrauch erreicht werden kann. Der Zukunftsrat wird sich mit Verbänden und Interessenvertretungen des Landes beraten. Begleitend wird im November 2020 ein Online-Beteiligungsverfahren gestartet, um alle Bürger*innen in den Prozess einzubeziehen. Dieses wird im März 2021 abgeschlossen sein.

Info: Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Staatskanzlei, Referat 310 Grundsatzfragen der Zukunft in M-V, Entwicklungszusammenarbeit, Schloßstraße 2-4, 19053 Schwerin, Ansprechpartnerin: Manuela Weiland, Tel. 0385 588-10313,

*manuela.weiland[at]stk.mv-regierung.de,
www.regierung-mv.de*

Eine-Welt-Netzwerk: Veranstaltungsreihe weltwechsel 2020

In Mecklenburg-Vorpommern fand vom 2. bis 22. November 2020 die Veranstaltungsreihe weltwechsel statt. Das Thema in diesem Jahr lautete „Grenzenlose Solidarität“. Wegen der bestehenden Kontaktbeschränkungen fand die Reihe in veränderter Form statt: Die Website <https://eine-welt-mv.de/weltwechsel-2020-mv> informiert darüber, welche Veranstaltungen in digitaler Form stattfinden konnten und welche abgesagt werden mussten. Ursprünglich waren mehr als 90 Veranstaltungen, darunter Lesungen, Konzerte, Theaterstücke, Diskussionsrunden und Workshops, geplant. Rund 60 Vereine und Initiativen beteiligten sich an der Veranstaltungsreihe. Darunter sind viele, die 2015 und 2016 zur Unterstützung von Geflüchteten entstanden und inzwischen zu etablierten Akteur*innen der Zivilgesellschaft geworden sind. Wie das Eine-Welt-Netzwerk feststellt, hat die Covid-19-Pandemie auch positive Veränderungsimpulse mit sich gebracht: Die digitalen Arbeitsformen ermöglichen den ehrenamtlichen Akteur*innen in dem Flächenland mehr Beteiligung, da lange Anfahrten entfallen.

Info: Eine-Welt-Netzwerk Mecklenburg-Vorpommern e. V., Kröpeliner Straße 10, 18059 Rostock, Tel. 0381 36767460, weltwechsel[at]eine-welt-mv.de, www.eine-welt-mv.de/weltwechsel

NIEDERSACHSEN

Kultusministerium: 25-jähriges Jubiläum der Umweltschulen

Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne hat dem Projekt „Internationale Nachhaltigkeitsschule/ Umweltschule in Europa“ zum 25-jährigen Bestehen in Niedersachsen gratuliert. Ziel des Programms ist es, nachhaltiges Denken zu fördern. Hierfür werden Themen der Nachhaltigkeit in der Schule gestärkt und Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützt. Teilnehmende Schulen wählen zwei Themen aus den Feldern Klimawandel, Fair Trade, Demokratiebildung und Perspektiven für die Zukunft aus und entwickeln daraus eigene Projekte, wie zum Beispiel ein verpackungsmüllfreies Frühstück oder ein Umweltmusical zum Thema Plastikmüll. Das Projekt startete 1995 mit 22 Schulen und vereint mittlerweile 470 Schulen. Weltweit gibt es circa 51.000 „Eco-Schools“ in über 50 Ländern. Bei der Umsetzung ihrer Vorhaben wer-

den die Schulen von der Landeskoordination und den vier Regionalkoordinationen des Projekts in der Landesschulbehörde unterstützt. Getragen wird das Projekt in Deutschland durch die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU).

Info: Niedersächsisches Kultusministerium, Pressereferat, Hans-Böckler-Allee 5, 30173 Hannover, Ansprechpartner: Sebastian Schuhmacher, Tel. 0511 120-7148, sebastian.schuhmacher[at]mk.niedersachsen.de, www.mk.niedersachsen.de

Verband Entwicklungspolitik: Postkartenaktion zu Menschenrechten

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) setzt sich für die Achtung von Menschenrechten und Umweltstandards bei deutschen Unternehmen weltweit ein. Der Verband unterstützt die Forderung der Initiative Lieferkettengesetz nach einem entsprechenden gesetzlichen Rahmen. Mit Aktionsideen und Kampagnen soll die Öffentlichkeit dazu animiert werden, sich zu engagieren. So findet sich die Vorlage für eine E-Mail an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier auf der Website von VEN, mit der die Verabschiedung eines Gesetzes gefordert wird. Weitere Aktionsvorschläge, die dem Thema Gehör verschaffen sollen, sind u. a. ein faires Frühstück mit Bundestagsabgeordneten. VEN ist auch bei der Suche nach Kooperationspartner*innen und Referent*innen zum Thema behilflich.

Info: Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V. (VEN), Hausmannstraße 9-10, 30159 Hannover, Ansprechpartner: Julian Cordes, Tel. 0511 391650, cordes[at]ven-nds.de, https://ven-nds.de, https://lieferkettengesetz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Staatskanzlei: Weitere Mittel für die Corona-Soforthilfe für Ghana

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat weitere Gelder zur Corona-Soforthilfe für das Partnerland Ghana bewilligt. 300.000 Euro werden, zusätzlich zu den bereits im Juni beschlossenen 150.000 Euro, für verschiedene Projekte bereitgestellt. Mit der zweiten Tranche der Soforthilfe werden 32 Projekte in Ghana unterstützt, die von Trägern aus Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden und sich der Hygiene-, Wasser-, Nahrungsmittel- und Gesundheitsversorgung widmen. Die Projekte haben maßgeschneiderte Schwerpunkte, wie das Beispiel der Düsseldorfer Organisation Behofa Help Africa e. V. zeigt. Der Verein bietet Kindern aus drei Dörfern in Ghana kostenloses Schulessen, das wegen der Covid-19-Pandemie weggefallen war. Mit der Soforthilfe können jetzt Lebensmittel, Seife und Waschstationen beschafft werden. Die Afos Stiftung aus Köln unterstützt mit ihrem Projekt die lokale Produktion von Masken und Desinfektionsmitteln. Andere Projekte fördern den Brunnenbau und die Versorgung mit Desinfektionsmitteln. Die Partnerschaft zwischen Ghana und Nordrhein-Westfalen besteht seit 2007. Sie wird von engen Beziehungen in Verwaltung, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft getragen.

Info: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Pressestelle, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 837-309, [mia.heil\[at\]stk.nrw.de](mailto:mia.heil[at]stk.nrw.de), www.land.nrw

RHEINLAND-PFALZ

Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie gebilligt

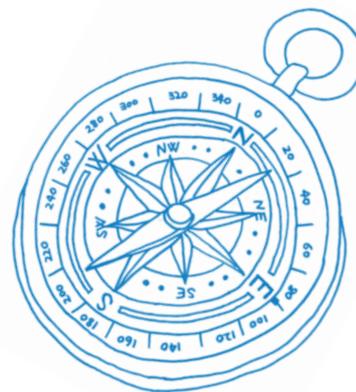
Der Ministerrat des Landes hat die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz 2019 und des Indikatorenberichts gebilligt. Die wichtigste Neuerung der Fortschreibung 2019 ist der klare Bezug zur gemeinsamen Erklärung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsident*innen der Länder vom 6. Juni 2019. Die dort zwischen Bund und Ländern vereinbarten sechs Prinzipien nachhaltiger Entwicklung wurden als Strukturierungselement für die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie angewendet. „Nachhaltigkeit beinhaltet nicht nur einen schonenden Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen, sondern ebenso eine positive Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft durch gute Bildung, Forschung und am Arbeitsmarkt“, sagte Wirtschaftsstaatssekretärin Daniela Schmitt anlässlich der Vorlage der Nachhaltigkeitsstrategie und des Indikatorenberichts am 6. Oktober 2020. Die Landesregierung unterstützt u. a. rheinland-pfälzische Weinbaubetriebe, ein Zertifikat für nachhaltigeres Wirtschaften zu erwerben. Damit werden Betriebe angesprochen, die ihre Produktionsweise den Herausforderungen der Nachhaltigkeit anpassen wollen.

Info: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Pressestelle, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz, Ansprechpartnerin: Susanne Keeding, Tel. 06131 16-2550, [pressestelle\[at\]mwvlw.rlp.de](mailto:pressestelle[at]mwvlw.rlp.de), <https://mwvlw.rlp.de>

SAARLAND

Ministerium für Bildung und Kultur und Projekt Grenzenlos: Zertifizierung der Dr.-Walter-Bruch-Schule

Die Dr.-Walter-Bruch-Schule, Berufsbildungszentrum des Landkreises St. Wendel, erhielt am 13. November 2020 als erste Schule im Saarland die Auszeichnung „Grenzenlos-Schule“ für ihr Engagement im Bereich Globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). In ihrem virtuellen Grußwort anlässlich der Auszeichnung betonte Christine Streichert-Clivot, Ministerin für Bildung und Kultur des Saarlandes, die Wichtigkeit der Nachhaltigkeitsthemen und globalen Perspektiven in der beruflichen Bildung und dankte der Schulleitung und den Lehrkräften für ihr Engagement. „Woran wir schon seit Jahren gearbeitet haben, wird heute in Form einer Plakette symbolisch ausgedrückt. Wir freuen uns, vom Projekt Grenzenlos ausgezeichnet zu werden und verpflichten uns somit, die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen an unserer Schule zu unterstützen“, sagte Schulleiter Hubert Maschlanka anlässlich der Zertifizierung. Das Projekt Grenzenlos ist beim World University Service (WUS) angesiedelt. Es wird von Engagement Global im Auftrag des



Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie aus Mitteln der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland gefördert.

Info: Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung, World University Service (WUS), Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden, Ansprechpartnerin: Alexandra Samokhvalova, Tel. 0611 9446051, [samokhvalova\[at\]wusgermany.de](mailto:samokhvalova[at]wusgermany.de), www.wusgermany.de/de/auslaenderstudium/grenzenlos

SACHSEN

Klimaschulkonferenz und BNE-Preis

Am 8. und 9. Oktober 2020 fand die jährliche Klimaschulkonferenz in Schmochitz statt. Mit der Initiative „Klimaschulen in Sachsen“ des Staatsministeriums für Kultus sollen Schulen animiert werden, das Thema Klimaschutz in verschiedenen Handlungsfeldern umzusetzen. Um die Auszeichnung als Klimaschule zu erlangen, müssen „[...] alle Bereiche des schulischen Wirkens von der Klimathematik durchdrungen werden“, so die Vorgabe. Dies gilt für den Unterricht ebenso wie für die Fortbildung der Lehrkräfte, das Schulleben insgesamt, die außerschulische Lebenswelt und die schulische Infrastruktur. Das Staatsministerium schlägt fünf Module zur inhaltlichen Ausgestaltung vor, die unter www.klima.sachsen.de eingesehen werden können. Die jährlich stattfindende Klimaschulkonferenz dient der Vernetzung und dem Informationsaustausch. Dazu gehörten in diesem Jahr u. a. Gespräche mit den Wissenschaftlern Dr. Mathias Ulrich und Dr. Wolfgang Gerber. Erstmals wurde der Preis für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) an vier Schulen verliehen. Für die Bewerbung wird von den teilnehmenden Schulen ein innovatives Klimakonzept vorgelegt.

Info: Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Archivstraße 1, 01097 Dresden, Ansprechpartnerin: Magdalena Metzler, Tel. 0351 564-68612, [magdalena.metzler\[at\]smk.sachsen.de](mailto:magdalena.metzler[at]smk.sachsen.de), www.sachsen.de

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Leitbildprozess in der landwirtschaftlichen Berufsaus- und -fortbildung

In mehreren Runden haben Akteur*innen der beruflichen Bildung, Schulen, überbetriebliche und betriebliche Ausbildungsstätten einen Leitbildentwurf für die landwirtschaftliche Berufsaus- und -fortbildung erarbeitet. Das Leitbild soll Orientierung für die Bildungsarbeit und den Bildungsempfänger*innen eine Qualitätsbeschreibung ihrer Ausbildung geben. Zudem erhält das Umfeld das Signal, dass sich neben der fachlichen Qualifizierung auch ein gesellschaftlicher Auftrag widerspiegelt. Dieser schließt globale Verantwortung ebenso ein, wie den Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung. Der Entwurf wurde Ende November 2020 in einem Online-Diskussionsforum mit externen Stakeholdern erörtert. Diese erhielten die Gelegenheit, ihre Sicht auf die Anforderungen an eine Ausbildung zu formulieren, die sich an der Zukunftsfähigkeit der Branche orientiert. Es ist geplant, den Prozess bis Ende 2020 abzuschließen. Der Leitbildprozess wurde vom Landwirtschaftsministerium, der Landwirtschaftskammer als für die Berufsausbildung zuständige Stelle, dem Bauernverband als Vertretung für die Ausbildungsbetriebe sowie dem Verband landwirtschaftlicher Fachbildung Schleswig-Holstein (vlf) initiiert.

Info: Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, Ansprechpartner: Dr. Dietmar Fahnert, Tel. 0431 988-7101, dietmar.fahnert[at]melund.landsh.de, www.schleswig-holstein.de

THÜRINGEN

Auszeichnung Weimars als 700. Fairtrade Town Deutschlands

Am 23. September 2020 wurde die Stadt Weimar als 700. Fairtrade Town Deutschlands ausgezeichnet. Mit der Auszeichnung als „Fairtrade Town“ verpflichtet sich die Kommune, fair gehandelte Produkte verstärkt zu nutzen und Informations- und Bildungsarbeit zum Thema zu unterstützen. Zur Auszeichnung durch TransFair Deutschland gratulierte auch Ministerpräsident Bodo Ramelow: „Globale Produktions- und Warenketten sind bis heute durch vielfältige Ungerechtigkeiten gekennzeichnet. Faire Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Globalen Süden sind ein moralischer und politischer Imperativ für uns alle. Ich freue mich, dass die Stadt Weimar sich als Fairtrade Town dieser zentralen Fragen für unsere Weltgesellschaft annimmt!“ Weimar ist die

elfte Stadt in Thüringen, die die Auszeichnung erhält. Der Bereich der öffentlichen Beschaffung gilt als einer der wirksamsten Hebel, um die UN-Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene umzusetzen. Verliehen wird der Titel jeweils für zwei Jahre. Der Prozess der Bewerbung zur Fairtrade Town wurde in Weimar von einer Steuerungsgruppe begleitet, in der sich u. a. die Aktionsgemeinschaft Faire Welt, der Weltladen-Dachverband, das Regionalcenter Weimar der IHK Erfurt, verschiedene Einzelhändler sowie die beiden Weimarer Hochschulen engagierten.

Info: Stadt Weimar, Sachgebiet Kommunikation und Protokoll, Herderplatz 14, 99423 Weimar, Ansprechpartner: Andy Faupel, Pressesprecher, Tel. 03643 762-653, presse[at]stadtweimar.de, https://stadt.weimar.de

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
infostelle[at]wusgermany.de, www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V. i. S. d. P.), Dr. Ursula Grünenwald,
Anne-Sophie Tramer, Marlene Ziegelmayr

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an infostelle[at]wusgermany.de
oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von
Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg,
Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-
Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit
dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich.
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt
der Zuschussgeber des WUS wieder.

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Vorträge sowie über Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator*innen im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.eine-welt-veranstaltungskalender.de